

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag

1. verurteilt die direkten und indirekten Gewaltandrohungen der PKK in aller Schärfe. Er fordert weiterhin mit allem Nachdruck, daß die PKK zukünftig jegliche Androhung oder Durchführung von gewalttätigen Aktionen unterläßt,
2. verurteilt mit Nachdruck gewalttätige Ausschreitungen kurdischer Demonstranten in Deutschland,
3. begrüßt, daß verschiedene kurdische Vereine und Organisationen mit kultureller Zielsetzung die gewalttätigen Aktionen in Deutschland verurteilt haben,
4. fordert die PKK auf, den im Dezember 1995 erklärten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten bzw. zu erneuern, um dadurch eine politische Lösung des Kurdenproblems zu fördern. Ohne Absage an die Gewalt kann die PKK kein Gesprächspartner sein,
5. fordert die türkische Regierung auf, auch ihrerseits eine politische Lösung des Kurdenproblems anzustreben, die eine größere kulturelle Selbstverwirklichung der Kurden und eine baldige Beendigung des Ausnahmezustandes beinhalten sollte,
6. erinnert in diesem Zusammenhang an den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. April 1994, in dem bereits zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Versuch einer militärischen Lösung des Konfliktes aussichtslos ist und daß Gewalt nur zu einer Vervielfältigung des menschlichen Leides führt und friedliche Lösungswege erschwert,
7. fordert erneut die Große Türkische Nationalversammlung und die türkische Regierung dringend auf, einen konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Kurdenorganisationen aufzunehmen, die für eine friedliche Erlangung legitimer Rechte der Kurden eintreten,
8. erwartet von der türkischen Regierung und der Großen Türkischen Nationalversammlung, daß sie grundlegende Reformen

für mehr Demokratie vorantreibt und die Meinungsfreiheit und Einhaltung der Menschenrechte als Grundlage eines demokratischen Staates sichert,

9. erwartet von der Bundesregierung, daß sie im Rahmen bilateraler Kontakte und internationaler Foren ihre Möglichkeiten nutzt und ihr ganzes politisches Gewicht einsetzt, um einen Dialog unter Einschluß aller demokratischen Kräfte zu fördern, und daß sie Bemühungen, eine politische Lösung des Kurdenproblems in der Türkei zu erreichen, nachhaltig unterstützt.

Der Deutsche Bundestag gibt in diesem Zusammenhang seiner Bereitschaft Ausdruck, einen Beitrag zu einem politischen Dialog zwischen Kurden, Türken und Deutschen zu leisten, und hierfür die ihm zur Verfügung stehenden Wege und Mittel nachhaltig zu nutzen.

Bonn, den 3. Dezember 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Rudolf Scharping und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion